

Folge 05: Europa 30 Minuten+ mit Ewald Nowotny

Mittwoch, 26.01.2022, 16:00 bis 16:45

Am 26. Jänner 2022 begrüßten wir **Ewald Nowotny**, den ehemaligen Gouverneur der Österreichischen Nationalbank und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik. Der **EURO feiert 20 Jahre** der Einführung als Bargeld und auch Ewald Nowotny, u.a. auch ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg, ist froh, nicht mehr mit einer Kollektion an europäischen Währungen reisen zu müssen. Die Währungsunion an sich ist seit dem 1. Jänner 1999 aktiv, seitdem hat sich die sogenannte Eurozone zum drittgrößten Wirtschaftsraum der Welt nach den USA und der Volksrepublik China entwickelt.



Warum wurde die Eurozone eingeführt?

Ewald Nowotny zählt hier drei wesentliche Punkte auf:

1. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum braucht eine einheitliche Währung. Ein vereinfachter Alltag für Unternehmen erhöht die Konkurrenzfähigkeit. Insbesondere exportstarke Nationen (z.B. Deutschland, Österreich) haben von der Einführung des Euro profitiert.
2. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist eine der großen Notenbanken der Welt und kann massiv Liquidität bereitstellen. Nationale Notenbanken wären mit einem vielfach kleineren Portfolio schnell überfordert, insbesondere in Krisenzeiten. Die Größe der EZB ist also ein guter Schutz vor Liquiditätsengpässen.
3. Die Grundidee der europäischen Einigung ist es, über die wirtschaftliche Verflechtung eine politische Bindung aufzubauen. Die Einführung einer gemeinsamen Währung ist hier ein wesentlicher Puzzleteil auch in der politischen Zusammenführung Europas.

1

Welches Ziel verfolgt die europäische Geldpolitik?

Primär geht es den europäischen Nationalbanken bzw. der Europäischen Zentralbank als Dachorganisation um die Sicherung der Preisstabilität. Die EZB definiert Stabilität bei Preisen um 2% Inflation. Bis 2021 konnte dieses Ziel gut gehalten werden. Die erste größere Krise der Eurozone 2008 und die darauf folgenden Unwägbarkeiten haben zur Gründung des Europäischen Stabilitätsmechanismus geführt. Auch bei der Covid-19-Krise seit 2020 konnte mit einem 1.800 Mrd. € Spezialprogramm eine große Wirtschaftskrise vermieden werden, nur die Inflation liegt ist seit 2021 eindeutig höher.

Inflation

Es gibt zwei Arten von Inflation: Angebotsinflation und Nachfrageinflation. Bei der Angebotsinflation geht der Preisanstieg von den AnbieterInnen (den ProduzentInnen) aus. Steigende Energiekosten z.B. verursachen höhere Herstellungskosten und damit höhere

Endverbraucherpreise. Eine Angebotsinflation kann von einer Notenbank nur schwer verhindert werden. Die Nachfrageinflation entsteht, wenn Preise durch zu hohe Nachfrage bei gleichzeitig wenig Angebot ansteigen. Im Fall einer Nachfrageinflation besteht für Notenbanken die Möglichkeit, durch Zinspolitik einzugreifen, indem sie Geld durch höhere Zinsen „teurer macht“ und die Nachfrage damit „abkühlt“. Will man als Notenbank in diese Dynamik des Marktes eingreifen muss sie sehr vorsichtig vorgehen: Lässt sie eine zu hohe Inflation zu, kommt es zur Entwertung von Bargeld. Erhöht sie die Zinsen zu schnell, kann sie auf die wirtschaftliche Entwicklung einen negativen Einfluss bewirken. Hier die richtige Balance zu finden, ist die Hauptaufgabe einer guten Geldpolitik.

Wie wird die zukünftige Geldpolitik der EZB aussehen?

Die derzeitige Höhe der Inflation bereitet Ewald Nowotny noch nicht allzu große Sorgen. Er rechnet mit einer Senkung der Inflationsrate schon im Laufe des Jahres 2022. Er betont, dass die EZB besonders vorsichtig vorgehen möchte, um vor allem eine Stagflation zu verhindern. Eine Stagflation bedeutet eine hohe Inflation gepaart mit einem sehr niedrigen Wirtschaftswachstum. Würde die EZB in der derzeitigen Lage die Zinsen zu schnell erhöhen, wäre die Gefahr einer Stagflation gegeben (Beispiel: Ölkrise der 70er Jahre).

Wie unabhängig kann die EZB in einem globalisierten Geldmarkt arbeiten?

Natürlich muss die EZB darauf Rücksicht nehmen, welche Entscheidungen z.B. die Fed, Zentralbanksystem der Vereinigten Staaten, trifft. Eine Zinserhöhung der Fed würde den Dollar stärken und damit die europäische Inflation weiter anheizen. Ewald Nowotny betont aber auch, dass die gegenwärtige Inflation ihren Ursprung hauptsächlich in den steigenden Energiepreisen hat und diese Angebotsinflation muss v.a. politisch bearbeitet werden. Österreich hat hier eine bessere Position als andere Staaten in der EU, weil die ÖMV langfristige Lieferverträge abgeschlossen hat, die für eine höhere Preisstabilität sorgen. Energiepreise sind immer auch geopolitisch bestimmt und werden in der näheren Zukunft durch Klimapakete noch vermehrt politisch definiert und gestaltet werden. Finanz- und Geldpolitik müssen hier zusammenarbeiten, um absehbare Auswirkungen abzufedern.

Wird es zu einer Erweiterung der Eurozone kommen?

Die Erweiterung der Eurozone wird in den Maastricht-Kriterien geregelt. Diese Kriterien haben den Nachteil, dass sie nur auf finanzpolitische Bereiche zugeschnitten sind, realwirtschaftliche Kriterien aber keine Rolle spielen. Wenn 2 Jahre lang die Maastricht-Kriterien durchgehend eingehalten werden konnten, entscheidet zunächst der Rat der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister (Ecofin) und als nächstes der Europäische Rat über die Aufnahme eines Mitgliedsstaates. D.h. letztendlich ist eine mögliche Erweiterung der Eurozone keine reine finanzpolitische Entscheidung, sondern vielmehr eine politische. Zukünftige Kandidaten für die Erweiterung der Eurozone sind Bulgarien und Kroatien.

Europäische Finanzpolitik?

Prinzipiell wäre es sinnvoll, neben einer gemeinsamen Geldpolitik auch eine europäische Finanzpolitik zu betreiben. Erste Versuche gibt es, indem z.B. die Höhe der Körperschaftssteuer europaweit angeglichen worden ist. Bis es aber zu einer Nivellierung der direkten Steuern (Lohnsteuer, Einkommenssteuer) kommen wird, ist es noch ein langer Weg. Dieser kann v.a. nur durch Änderung der EU-Verträge vollzogen werden und das ist kurz- und mittelfristig eher unwahrscheinlich.

Sind Eurobonds gefährlich?

Eurobonds sind europäische Staatsanleihen. Die Ausgabe von solchen Bonds ist recht einfach, die Frage ist, wie die Europäische Kommission diese Bonds in Zukunft bedienen kann. Das muss geklärt sein. Mit dem Green-Deal und dem Reconstruction Program wurde hier erstmalig ein Instrument geschaffen, welches der EU-Kommission direkte Einnahmen ermöglichen würde. Prinzipiell hätten Eurobonds auf dem internationalen Finanzmarkt wohl eine hohe Nachfrage, da Europa eine stabile Wirtschaftszone darstellt.

Links und weiterführende Hinweise (aus dem Chatverlauf):

- 20 Jahre Euro Dossier: www.politik-lernen.at/20jahreeuro
- Stagflation: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18297/stagflation
- Umfrage Euro: www.oegfe.at/umfragen/20jahreeuro/
- EU Green Deal: www.bpb.de/apuz/green-new-deals-2022